

Kongress fordert mehr Solidarität – SoVD setzt Impulse beim Thema Gesundheit

Armut grenzt viele Menschen aus

Fortsetzung von Seite 1

mögen, andererseits Schulden, Kinder oder Wohnen. Einflüsse sind hier etwa der Anteil an den Ausgaben oder regionale Unterschiede. Im Eigentum Wohnende sind zudem viel seltener arm als Mieterinnen und Mieter.

Darüber hinaus ist die empfundene Armut noch höher als offizielle Zahlen. Als einen Grund, den die Politik bearbeiten muss, vermutet die Wissenschaft, dass zwar der Wohlstand insgesamt gewachsen, aber die Verteilungsgerechtigkeit gesunken ist. Der Aufschwung kommt nicht bei allen an – das kritisiert der SoVD schon lange. Oberer und unterer Rand driften auseinander. Sogar die Mitte kann sich vieles nicht mehr leisten. Schon die Wohnkosten belasten oft überproportional.

Arm im direkten Vergleich

Um hierzulande als arm zu gelten, muss man nicht auf der Straße leben oder Hunger leiden. Wer im Vergleich zu seinem Umfeld viele Standards nicht bezahlen kann, hat weniger am sozialen Leben teil. Maßgeblich ist diese „relative Armut“.

Als arm oder armutsgefährdet gilt in der EU, wer unter 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens hat. In Zahlen heißt das zum Beispiel: Alleinlebende in Deutschland sind laut Statistischem Bundesamt arm, wenn sie weniger als 1.096 Euro (2017) bekommen. Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern un-

ter 14 Jahren liegt die Schwelle bei 2.302 Euro. Das Sozio-oekonomische Panel kommt bei etwas anderer Datengrundlage auf leicht niedrigere Beträge.

Gegenmaßnahmen zielen zumeist auf Arbeitslose. Dabei hat deren Zahl abgenommen, stellt der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017) fest. Die Arbeitslosigkeit geht zurück – die Armut steigt trotzdem. Die Mehrheit der Armen ist nicht arbeitslos. Sogar mit Vollzeitjob kann man arm sein, trotz des Mindestlohnes. Das betont auch der Paritätische Armutsbericht (2018).

Krankheit als Armutsfalle

Besonders gefährdet sind Erwerbstätige in Teilzeit, Leiharbeit oder anderer atypischer Beschäftigung, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, Singles, kinderreiche Familien und Menschen in Ausbildung.

Auch Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke haben ein hohes Risiko. Offizielle Statistiken berücksichtigen sie bisher kaum. Als Interessenverband tritt der SoVD für sie ein.

Armut macht krank – und Krankheit macht arm! Auf diesen Kreislauf hat der Verband oft hingewiesen, etwa in seinen „zehn sozialpolitischen Thesen“. Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen haben schlechte Chancen im Job, oft geringe Einkommen, niedrige Renten und Probleme bei der gesell-



Foto: Stephanie von Becker/Armutskongress

„Armutrisiko psychische Erkrankung – eine Abwärtsspirale?“, fragten sich beim SoVD-Impulsforum Gesundheit auf dem Armutskongress (v. li.): Josef Schädle, Paritätischer Gesamtverband, Gudrun Schliebener, Bundesverband der Angehörigen psychisch kranker Menschen, Moderatorin Kerstin Michaelis und Karl-Dieter Voß, Vorsitzender des SPA beim SoVD-Bundesverband.

schaftlichen Teilhabe. Umgekehrt können Geldnot und Ausgrenzung zu Erkrankungen führen, oft zu seelischen. Bisweilen kommt noch Pflegebedarf hinzu. Betroffene laufen Gefahr, gleich mehrfach ausgegrenzt zu sein: gesundheitlich, finanziell und sozial.

Psychisch Kranke im Fokus

Etwa 1,5 Millionen Menschen in Deutschland sind nach Schätzungen schwer psychisch krank. Auf dem Kongress bot der SoVD ein Impulsforum an zu einem Thema, über das viele ungern sprechen: „Armutrisiko psychische Erkrankung – eine Abwärtsspirale?“ Damit traf er einen Nerv, wie die rege Beteiligung zeigte.

Auf dem Podium diskutierten Karl-Dieter Voß, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) im SoVD-Bundesverband, Josef Schädle, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, und Gudrun Schliebener, Vorsitzende des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V. (BAPK). Die Fachjournalistin Kerstin Michaelis moderierte die Runde und das Gespräch mit dem Publikum. Denn das brachte sich im randvoll besetzten Saal lebhaft ein.

Alle waren sich einig, dass die Unterstützung für psychisch Kranke zwar besser geworden, aber noch sehr lückenhaft sei und nicht vor Armut schütze.

„Das Hilfesystem hat mehr Löcher als ein Fischernetz!“, so Schliebener. Vieles leisteten Angehörige. Der SoVD fordert, die Versorgung zu verbessern und zu erleichtern; auch die medizinische, therapeutische und pflegerische. Voß ergänzte: „Wir müssen die Erwerbsminderungsrente zur rechten Versorgungsrente weiterentwickeln!“ Abschlüsse seien abzuschaffen.

Doch ging es bei der Lösungssuche nicht „nur“ um Geld und Versorgung. Ein Ergebnis war: Gegen Ausgrenzung helfe nur, solidarisch zu sein sowie umzudenken. Mitmenschen, auch Arbeitgeber und Kollegenschaft, müssten Stärken statt Defizite sehen – das Prinzip der inklusiven Gesellschaft. *ele*

Wahlrechtsausschluss schneller abgeschafft

Europawahl: Betreute Menschen dürfen wählen

Etwa 80.000 betroffene Menschen mit Behinderung und Straffällige, die wegen Schuldunfähigkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind, dürfen an der Europawahl am 26. Mai teilnehmen. Der SoVD begrüßt die Entscheidung.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 15. April nach einem Eilantrag der Bundestagsfraktionen der Grünen, FDP und Linken über den Ausschluss. Die Richter ordneten an, die Paragraphen, auf denen der Ausschluss beruht, bei der Europawahl nicht mehr anzuwenden, obwohl das Gesetz, mit dem der Ausschluss beendet wird, erst im Juli in Kraft treten soll. Um an der Wahl teilzunehmen, müssen Betroffene bis zum 5. Mai einen Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis stellen.

Der SoVD hat sich für ein inklusives Wahlrecht eingesetzt. Er begrüßt, dass die demokratische Teilhabe schon jetzt möglich ist. Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer: „Der demokratiefeindliche Wahlrechtsausschluss für über 80.000 behinderte Menschen wird nun rechtzeitig zur Europawahl im Mai aufgehoben. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem inklusiven Wahlrecht.“ Mit der Wahlhilfebroschüre zur Europawahl unterstützt der Verband Menschen mit Behinderung bei ihrer Teilnahme. Die Broschüre in einfacher Sprache gibt es im Internet unter www.sovd.de/europawahl2019 oder über die Kreis- und Ortsverbände des SoVD. *str*

Leser*innenbefragung in der SoVD-Zeitung.

Ihre Meinung zählt!

Noch bis zum 31. Mai läuft die Leser*innenbefragung der SoVD-Zeitung! Sie finden das Formular in der Aprilausgabe auf Seite 7 sowie online unter www.sovd.de/leserinnenbefragung. Senden Sie den ausgefüllten Bogen (Betreff „Befragung SoVD-Zeitung“) entweder per E-Mail an: redaktion@sovde.de oder per

Post an: **Sozialverband Deutschland e. V., Redaktion & digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.**



Foto: sebra/fotolia